

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Bernsprechstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 182.

Mittwoch, 8. August 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Rubrik des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Im Gasthause zu Adewitz sollen

Sonnabend, den 11. August 1894,

Mittags 12 Uhr,

2 schwarze Kühe, 1 Schwein und 1 Handdrechmaschine gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 6. August 1894.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsgerichts.
Eck. Ebdam.

Bekanntmachung.

Während der Erkrankung des Schlachtsteuer-Einnehmers Haubold sind die Schlacht- und Transportsteine bei dem Königl. Untersteueramte Riesa zu erheben.

Riesa, am 8. August 1894.

Königl. Haupt-Steueramt.
Langer, Obersteuerinspektor.

Aus Bulgarien.

Seit der Entfernung Stambulows beschäftigen die bulgarischen Dinge die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als je. Es vergeht kein Tag, der nicht irgend eine Erklärung Stambulows, eine Gegenerklärung des jetzigen Ministerpräsidenten Stoilow oder gar des Fürsten selbst bringt, und dazu sind in jüngster Zeit die Erklärungen der bulgarischen Flüchtlinge in Russland und die der russischen Blätter in Petersburg und Moskau getreten, zum Theil mit sehr widersprechendem Inhalt. Bald heißt es, Fürst Ferdinand strebe eifrigst danach, sich Russland zu nähern, um von Russland anerkannt zu werden, bald richtet das offizielle Organ in Sofia, die „Swoboda Slowno“ einen kalten Wasserstrahl nach Petersburg; dann wieder erklärt der in Russland lebende Bulgare Stantschew, die bulgarischen Flüchtlinge würden niemals den Fürsten Ferdinand anerkennen, während jetzt wieder die „Swoboda“ ein Schreiben bulgarischer Flüchtlinge veröffentlicht, sie und andere Flüchtlinge erwarteten ungeduldig den Augenblick, da der Fürst eine Amnestie erlasse, um die Muttererde lassen zu können. Alle Bulgaren, ohne Unterschied der Partei, seien überzeugt, daß die neugegründete Dynastie vollkommen den Wünschen und Interessen des Landes entspreche. So wirbeln die Meinungen bunt durcheinander, und es läßt sich daraus kein klares Bild von der wirklichen Sachlage gewinnen. Mag Stambulow gehandelt haben, wie er wolle — man mußte bei seinem Regime ganz genau, woran man war und er genöthigt dadurch besonders das Vertrauen der Pforte und Desferreichs. Unter Stoilows Leitung ist das anders geworden. In einem Konstantinopeler Bericht der „Voss. Ztg.“ wird der Umstand bestätigt, daß man in türkischen Regierungskreisen allgemein die Lage als eine sehr ernste aufsaßt und die Werbung Bulgariens um die Gunst Russlands als ein gefährliches Spiel ansieht. Man ist eben der Meinung, daß die Mutter des Fürsten, die politischen Künsteleien durchaus nicht abgeneigte Fürstin Clementine, an dieser Schwelung die Hauptschuld trägt, und das Vertrauen, das sich Bulgarien während der Regierung Stambulows am Bosphorus erworben hatte, ist begreiflicherweise infolge dieser Umstände schwer erschüttert. Nicht minder scharf werden die Kundgebungen gegen Stambulow verurtheilt. In Sofia sollen auch von zwei diplomatischen Seiten ernste Rathschläge an die bulgarische Regierung gerichtet worden sein, den andauernden Kundgebungen gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten im eigenen Interesse Bulgariens Einhalt zu thun. Gleiche Rathschläge sollen auch vom Exarchen Mgr. Joseph nach Sofia ergangen sein.

Während die hohe Pforte und die wohlwollenden Diplomatenkreise also sichtlich bemüht sind, entweder Stambulow selbst wieder an die Oberfläche zu bringen, oder zum Mindesten ein seinem Sinne entsprechendes Regierungssystem zu erzwingen, setzt Russland offen und insgeheim alle Hebel in Bewegung, um eine Annäherung Bulgariens an Russland herbeizuführen, selbstredend unter den von Russland diktierten Bedingungen. Ein von der russischen Regierung zweifellos zu diesem Zwecke entsandter Vertrauensmann weiß bereits von einer Adresse zu erzählen, die im Namen des bulgarischen Volkes nach der Wahl der neuen Sobranje an den Jaren gerichtet werden und folgenden vielverheißenden Wortlaut besitzen soll: „Eure kaiserliche Majestät, Allergnädigster Herr! Die Festheit anerkennend, die Bulgarien gegenüber Russland, seinem Befreier, bis jetzt begangen, und überzeugt, daß das Wohlwollen Russlands für die Entwicklung und das Gedeihen des Fürstenthums unumgänglich notwendig ist, wagt das junge Bulgarien, das bereits so viel gelitten, das erst seit Kurzem eine Bestand und Ordnung verheißende Regierung besitzt, sehnlich nach Erhaltung dieser kostbaren Güter und wagt Eure Majestät um die Anerkennung der in Bulgarien

herrschenden Zustände ehrsüchtig zu bitten.“ Die Zugesandten, die das gegenwärtige Ministerium Russland zu machen gedenkt, bestehen nach der Versicherung des erwähnten Vertrauensmannes darin, daß die Volksbildung in Bulgarien dem russischen Einflusse näher gerückt werden soll; andererseits will das Ministerium Bulgarien dem russischen Handel erschließen. Sigt aber Russland erst in Bulgarien fest, dann wird es auch mit der Regierungsherrschaft des Koburgers über kurz oder lang vorbei sein, selbst dann, wenn er aus „Liebe zum Throne“ sich zum willenslosen Werkzeuge des Jaren herabwürdigen wollte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Daß der in der „N. A. Z.“ entwickelte Gedanke, das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen in Uebereinstimmung mit den schärferen Rechtsgrundlagen anderer Bundesstaaten zu bringen, auf liberaler Seite eine entschiedene Ablehnung findet, haben wir schon erwähnt. Als Gegner des Vorschlags tritt aber auch das Zentrum auf. Es ist das alte Spiel. Alle Schattierungen von Ladel und Spott wurden gegen den „Muth der Kaltblütigkeit“ hervorgebracht; sobald aber ein positiver Vorschlag gemacht wird, um ein wirklich greifbares Uebel zu beseitigen, dann giebt es für die einzelnen Parteien keinen anderen Gedanken, als den, daß die Verschärfung des Gesetzes möglicherweise gegen sie selbst zur Anwendung kommen könne. Von dieser Sorge ist namentlich der Ultramontanismus beherrscht, und da die Freisinnigen grundsätzlich zu einer Beschränkung des Vereinsrechts nicht die Hand bieten werden, so sind die Aussichten eines solchen Gesetzentwurfs sehr schwach, — wahrscheinlich wohl so schwach, daß die Regierung gar nicht erst der uchen dürfte, ihn einzubringen.

Oberlieutenant Raim, während der vorjährigen Militärdébatte dem Auswärtigen Amt attachirt, veröffentlicht in „Vöbells Jahresberichten“ bemerkenswerthe Ausführungen über die Heeresreform. Raim erklärt, die zweijährige Dienstzeit habe den taktischen Ausbildungsgang nicht beeinflusst; nicht bloß maßgebenden Orts, sondern auch in der Truppe habe schon längst die Ansicht bestanden, daß bei einer intensiven und wohl durchdachten Ausbildungsart zwei Jahre genügen. Die zweijährige Dienstzeit vergrößere einen ohnehin schon vorhanden gemessenen Vortheil, nämlich den hohen Friedensstand der deutschen Infanteriekompagnien.

Die Arbeiten im Patentamt zur völligen Herstellung der für den Schutz von Waarenzeichen einzurichtenden neuen Abtheilung nehmen rüstigen Fortgang. Es wird diese Abtheilung, nachdem am 1. Oktober 1891 die Abtheilung für Gebrauchsmustersehung gegründet worden ist, das zweite Nebenresort des eigentlichen Patentamts sein.

Das Marineverordnungsblatt veröffentlicht eine allerhöchste Ordre, monach zwölf von den Theilen der Schutztruppe in Ostafrika im Jahre 1893 gelieferte Gewehre gemäß § 23 des Pensionierungsgesetzes für Militärpersonen als Feldzug gelten, wofür den Beteiligten ein Kriegsjahr anzurechnen ist. Der „Reichsanzeiger“ theilt mit: Das Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Waarenschutz, vom 13. April 1892, ist ratifizirt worden. Die Auswechslung der Ratifikationsurkunden hat am 2. August stattgefunden. Das heutige Gesetzsblatt veröffentlicht das betreffende Uebereinkommen. — Die Einfuhr und Durchfuhr von Kindern, Schweinen, Schafen und Biegen aus Luxemburg nach Elsaß-Lothringen ist verboten worden. Das Verbot tritt am 15. August in Kraft.

Die offizielle „W. V. G.“ läßt sich aus Frankfurt a. M. schreiben, Finanzminister Dr. Miquel habe dortigen Freunden gegenüber wiederholt seit geraumer Zeit den Wunsch zu erkennen gegeben, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Die dem

neuen Course wohl wollende „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Die Nachricht ist wohl nur ein ungeschickter Versuch, die Angriffe der „Nordb. Allg. Ztg.“ auf die Parteigänger (!) des Herrn Miquel zu verstärken. Etwas mehr Takt wäre den Vertretern des Reichskanzlers wohl zu wünschen. Es könnte dem Reichskanzler sonst bei diesen Freundschaftserweisen unheimlich werden.“

England. Nach langem Stillstehen hat Gladstone wieder ein Lebenszeichen von sich in die Öffentlichkeit gelassen, mit welchem bemerkenswerthe Aufschlüsse über den Gesundheitszustand des greisen Staatsmannes gegeben werden. Wie in Amerika lebenden Irländer haben nämlich Gladstone eingeladen, nach Amerika hinüberzukommen. Irland hatte sein volles Kontingent gestellt, aber auch sonst war keiner von den Kongressleuten zurückgeblieben, die Einladung zu unterschreiben. Die Antwort Gladstones liegt jetzt vor. Es heißt darin u. A.: „Unzweifelhaft lud Ihr Schreiben mich ein, dem Unmöglichen zu trosten. Dennoch aber muß ich bedauern, daß der Brief zu einer Zeit bei mir anlangte, wo ich sagen muß, daß ich nicht zögern würde, wenn ich viel jünger wäre. Meine Staaroperation wird nicht vor zwei Monaten abgeschlossen sein. Aber selbst danach kann ich nicht gewiß hoffen, ob ich ein brauchbares Augenlicht wieder bekommen werde. Deshalb ist es mir unmöglich, zu sagen, ob ich mich für die Zukunft verpflichten kann.“ Der Brief schließt mit der Versicherung, daß der Verfasser, so lange er lebt, stets das größte Interesse an „dem großen Lande“ hegen wird.

Russland. Zur Vergrößerung bzw. Festigung des russischen Einflusses in den Grenzgebieten werden bekanntlich seitens der russischen Regierung fortgesetzt die verschiedensten Mittel angewandt und auch keine Kosten gescheut. Jetzt erhielt die Adelsbank das Recht zuerkannt, erblichen Edelenten russischer Herkunft, die im Nord- und Südwestgebiet Personen nicht-russischer Herkunft Land ablaufen wollen, zu diesem Zweck Darlehen zu erteilen. Des Weiteren heißt es, soll im Herbst vom Ministerium d's Innern eine Kommission aus Gouverneuren des Westgebietes zusammenberufen werden, die über Ergänzungen der Maßregel zu beraten hat und es verlautet, der Staat würde sich bereitfinden lassen, Personen rein russischen Ursprungs, die sich daselbst ankaufen wollen, Dreiviertel des Wertes des zu erwerbenden Besitzes vorzustrecken.

Dänemark. In Dänemark steht, wie verschiedene Mittheilungen aus Kopenhagen übereinstimmend berichten in nächster Zeit ein Kabinetswechsel bevor. Der bisherige Ministerpräsident Estrup, der nun schon zwanzig Jahre das Staatsruder geführt, soll bereits seine Entlassung angeboten haben. Sein Nachfolger wird der gegenwärtige Minister des Auswärtigen, Baron Neek-Thott sein. Die „Ueberläufer“ von der Linken, welche das Zustandekommen des Ausgleiches vom 1. April ermöglichten, erhalten die wichtigsten Plätze im neuen Kabinete. Ueber den Ausgleich vom 1. April dieses Jahres möge Nachstehendes in die Erinnerung zurückgerufen werden. Zum ersten Male nämlich seit 1885 haben an dem genannten Tage Folkething und Landsting der Regierung das regelmäßige Finanzgesetz genehmigt, in welchem die Bewilligungen zu den von der Regierung früher ohne Einwilligung des Reichstages ausgeführten Veranstaltungen eingeschlossen waren. Der 1. April bedeutete also die Rückkehr des Königreiches zu der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit. Die Beendigung des neunjährigen Verfassungskampfes hat, damals das Ergebnis gehabt, daß der Kabinetschef Estrup, welcher bekanntlich während dieser ganzen Zeit der Träger des Streites gewesen, seinen Rücktritt für den Sommer ankündigte, mit welchem es nun endgiltig Ernst geworden ist.